

Landes die zum Vorgehen zu verteidigen", legt die letzte Erklärung der Deutsch-Russischen Reichsgesellschaft. Was der Kaiser kommen, der das Volk deutschen Boden verteidigen soll. Selbst die jüdischen Missionen einzelner Blätter sind in Zusammenhängen: Söhne, Männer, Weiber sind geopfert worden, weil man an ein freies Deutschland der Zukunft glaubte. Und diesen Glauben wird man dem deutschen Volke nicht nehmen.

Erst ist die Stunde. Wir müssen den Dingen ins Gesicht sehen. Wir müssen uns auf alles gefaßt machen. Auch ist die Regierung an der Spitze, die sich nicht scheut, in tausend Widersprüchen den "Völkerverbund" zu schaffen, in dem Deutschland nach Willens Glauben glücklich werden soll. Propagierungen sind nicht angebracht, aber noch sehr nicht viel, ob wirklich alles so wird, wie Scheidemann und Erbenger es wollen, noch ist nicht sicher, ob aus diesem "Entgegenkommen" der Frieden entsteht. Jetzt spricht sich die Entente zu dem, die sie berechneter Nutzen annehmen muß, sich langsam zu begnügen. Jetzt erst werden wir ihre Bedingungen hören. Sie werden noch mehr verlangen und sie werden uns das Recht geben, von neuem das Schwert zu ziehen. Ein einzig Volk der Augusttage von 1914 zum Schutze des Vaterlandes! Was es nicht zu spät sein, möchte der zerbrechende Einspruch, der sich jetzt breit macht, nicht schon die letzte Strafe vernichtet haben. Was sich aus der Räumung, die wir zusehen, nicht die Unmöglichkeit ergeben, noch im letzten Augenblick den Völkerverbund gegen feindliche Willkür aufzurufen!

Staatssekretär Erzberger über die Lage.

Berlin, 12. Oktober. Die "Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Herr Staatssekretär Erzberger, Mitglied des Reichstages, empfangt seinen Direktor der "Nordd. Allg. Ztg." und machte folgende Äußerungen:

In der bedeutungsvollen Stunde, in der die deutsche Regierung die Note des Präsidenten Wilson in Paris und lokalen Worten beantwortete, muß das deutsche Volk in einmütiger Geschlossenheit zusammenstehen. Jedermann in Deutschland darf erkennen, daß unsere Note nur nach gewissenhafter Prüfung aller Möglichkeiten von jenen oder zukünftigen Stellen beschaffen worden ist. Wir etwa glaubt, daß die Vereitelung nicht den gleich ausschlaggebenden Anteil an der Antwort hat wie die politische Meinung, hat von der Art der hier zu lösenden wirtschaftlichen Aufgaben nur eine geringe Vorstellung. Der Geist völliger Uebereinstimmung, der die gemeinsamen Beziehungen der militärischen Stellen und der Regierung über das Friedensangebot von 4. Oktober beherrscht, ist auch bei Feststellung der deutschen Besinnung dieser Frage zutage getreten. Doch die Antwort von einer Regierung erteilt worden ist, die bei Abschluß des Willens der überwiegenden Mehrheit des deutschen Reichstages beruht, von einer Regierung, die nicht nur getragen ist von der Mehrheit des Parlamentes, sondern die diese Mehrheit selbst vertritt, noch der deutschen Note Lösung und Glauben verschaffen (?). Trotz allen Widerspruchs, mit dem die Ententepresse an die höchste Würdigung der Neuordnung unserer staatlichen Einrichtungen herantritt, ist nicht zu verkennen, daß die Ansicht langsam plakatiert im Ausland, daß Deutschland ein anderes und doch aus dem pazifischen Elemente ein Volkstum geworden ist (1). Es ist aber an der Zeit, daß das deutsche Volk sich über die Erweiterung, die seine Rechte auf die Gestaltung seiner Geschichte erfahren haben, klarer besetzt werde und daß es sich für seine neuen Rechte wagt. Das deutsche Volk hat seine Geschichte in die eigenen Hände genommen. Diese Umwandlung macht ihm Würde und Besonnenheit zur eckigen Pflicht. Wir dürfen dem Ausland nicht den Anblick feindschaftlicher Spannung und feindlicher Versäufnisse bieten, sondern müssen im Bewußtsein der Kraft, die noch im deutschen Volk schlummert, den weiteren Schritten Wilsons in fühler Gemächlichkeit entgegengehen.

Die uns fernstehende Meinung, die wir uns in einem jähren Kampfe beispiellos behaupten behauptet haben, darf nicht glauben, der Deutsche ist schwach geworden, weil er abermals die Hand christlichem Frieden bietet (1). So wenig wie früher bieten wir die Hand zum Frieden aus Schwäche, sondern in der Ueberzeugung, daß weder der einen noch der anderen Mächtegruppe ein Sieg im Sinne völliger Niederwerfung des Gegners möglich sein wird, um eine Fortziehung des Krieges zu vermeiden, das angesichts dieser klaren Erkenntnis ein vorübergehendes genannt werden möchte. Wir haben abermals einen Bescheidener Schritt unternommen, wir haben ihn annehmen, weil wir überzeugt sind, daß angesichts der tiefgreifenden Veränderung unserer staatlichen Ordnung ein Zwieselfel an der selber letztendlich befristeten Wirtschaftswürdigkeit deutscher Friedensangebote kein Raum mehr gefaßt ist. Möge daher das deutsche Volk zeigen, daß es sich des Ernstes der Stunde bewußt ist, möge es mutig, stark und entschlossen das Opfergeistes würdig sein, den es draußen auf dem Schlachtfeld und zu Hause ein heimtückischen Herde bisher bewährt hat.

Die Parteien zur Lage.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Aus den Pressestimmen läßt sich bereits ersehen, wie sich die einzelnen Parteien zu der Antwort auf Wilson stellen. Man darf aber doch nicht darüber hinweggehen, daß selbst in den Mehrheitsparteien schwere Bedenken gegen das neue Entgegenkommen bestehen. Wie ich höre, erklären Abgeordnete der Mehrheitsparteien, der Antwort nur zugestimmt zu haben, nachdem sie von militärischer Seite einen genaueren Einblick in die Verhältnisse erhalten haben. Auch die Nationaldemokraten, deren linker Flügel sich der Note anschließt, sehen die Notwendigkeit der Antwort ein. Dagegen sind rechtsnationalen Abgeordneten der Auffassung, daß man mindestens hätte verhandeln müssen, gewisse Sicherungen zu erlangen. Sie fordern, daß der Rüdigung aus Belgien und Frankreich nur dann zu gehen habe, wenn gleichzeitig auch England den Rüdigung aus den Kolonien anordnet, und glauben nicht, daß Wilson das allein durchziehen werde. Auch dagegen wenden sie sich, daß Elsas-Lothringen und die polnisch-deutschen Provinzen zur internationalen Standpunkt nehmen die Amerikaner ein. Sie vertreten weiter die Auffassung, daß unsere militärische Lage nicht herzu, daß sie die Antwort und einen knappen Waffenstillstand verlangt. Dabei weisen sie auf die vielen Truppen hin, die sich hinter der Front aufhalten, auf den Vorrat an Munition, in Urlaub sind und in den Garnisonen. Sie würgen den Ausdrücken nicht zu folgen, daß unsere Oberste Heeresleitung selbst sich für den Waffenstillstand einsetzt habe, und sind der Ueberzeugung, daß Deutschland in der Lage wäre, den Krieg fortzuführen, wenn es gegen anmaßende Forderungen ausweichen würde. Schließlich wird behauptet, daß die Erkenntnis, daß wir verhandeln müssen, nicht die Erkenntnis, daß wir nicht nur einen christlichen Frieden, der sich aber durch die Räumung Frankreichs und Belgiens, durch das Opfer von Elsas-Lothringen und die preußisch-polnischen Provinzen nicht erzielen sollte. Sie planen denn auch diesen Standpunkt in der Reichstagsung am Mittwoch zu vertreten.

Auf der linken Seite des Reichstagesparlamentes ist man voller Hoffnung. Man rechnet dort damit, daß schon im Laufe einer Woche der Rüdigung der Entente eingehen kann, der die Note als Friedensbedingungen bietet, und glauben, daß die von Deutschland vorgeschlagene Kommission, die über die Räumung der besetzten Gebiete und den Waffenstillstand entscheiden soll, sehr bald tagen werde. Man verlangt, daß die Verhandlungen öffentlich geführt werden und will damit einen Druck auf die Entente ausüben, falls diese amerikanischen Pläne verfolgen sollte. Auf diese Weise will die Entente vor das Weltgericht stellen! Es wird übrigens in diesen Kreisen auch behauptet, daß zwischen Wilson und der Entente schon eingehende Verhandlungen gepflogen wurden, so daß man sich im gegnerischen Lager bereits klar ist, wie die deutsche Note beantwortet werden soll.

Eine konservative Erklärung.

Die deutsch-tonicative Fraktion des Reichstages hat zu den Verhandlungen über die Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson folgende Erklärung abgegeben: "Unsere Heere stehen noch immer weit in Deutschland. Die Räumung des besetzten Gebietes, das ein ehrenvoller Friede und die Unversehrtheit des Reichsgebietes gefordert sind, kann verhängnisvoll werden. Jede Preisgabe deutscher Erde ist mit deutscher Ehre unvereinbar. Jede unterirdische Besetzung erteilt mit uns eine Erklärung der Regierung, daß sie hieran unverrückbar festhalten wird. Das deutsche Volk ist entschlossen, sein heiliges Recht an dem Vaterlande bis zum letzten zu verteidigen."

Das parlamentarische System.

Die Note an Wilson ist hinausgegangen. Wie es heißt, hat das Kriegskabinet, haben sämtliche Staatssekretäre, das preussische Ministerium, der Bundesrat für die auswärtigen Angelegenheiten und auch die Oberste Seeresleitung ihr zugestimmt. Die Zustimmung des Reichstages aber fehlt. Man denke nur zurück: Als Scheidemann und Erzberger noch nicht in der Regierung saßen, als Prinz Max von Baden noch nicht Kanzler war, als das parlamentarische System noch nicht bestand, als die demokratische Presse sich täglich für den Anschluss aussprach, da durften die Regierungen Behauptungen, Schwabds, Gerüchte nichts anmerken, ohne sich den jenseitigen Angriffen aussetzen. Man fordert, daß der Reichstag gehört werde. Und doch sagen niemals Entscheidungen von solcher weittragender Bedeutung vor, wie die Antwortnote an Wilson. Sente aber, da die Demokratie Sieger ist, da das parlamentarische System triumphiert, liegt man den Reichstag zu Gunst und schreie ihn nicht wie es über die Antwort an Wilson steht. Der internationalistische Ausschuss hat zusammen, jene Erklärung aus dem Reichstagsparlament und repräsentiert die Volksweltung. Das ist die Freiheit des Volkes, die erlangt wurde! Der Wille des Volkes wird heute mehr noch ausgesprochen als früher: das ergibt die Behandlung der Antwortnote an Wilson. Es ist selbstverständlich, daß gegen solche "parlamentarische Methode" sich einschleicher Empörung erheben wird.

Eine neue Kanzerkrisis.

Von unserem Berliner Vertreter wird uns geschrieben: Die Berliner Presse machte bereits am Sonnabend Andeutungen, daß die Ablehnung der Note an Wilson nicht aus sachlichen, sondern mehr aus persönlichen Gründen verzagt wurde. Und jetzt erklärt man, daß der omniböse Brief, den Prinz Max von Baden im Januar d. J. an den Prinzen Alexander von Sodenlohe geschrieben haben soll, die Ursache der Verzögerung war. Prinz Alexander von Sodenlohe verweist passivistische Ansichten und lebt in der Schweiz. Wie nun umgibt wurde ihm vor dem Brief des Prinzen Max gerade kaum "gelöschen", als der Prinz Kanzler des deutschen Reiches wurde. Und der Prinz hat im Reichstag eine Rede gehalten, in der er davon sprach, daß er sich seine Mitarbeiter allein aussuche nach dem Gesichtspunkt, daß ihre politische Stellung klar, ihre Haltung tadelloser sei. Rein Wunder, daß die Entente-Presse diesen Auslegungen den Brief des Prinzen Max gegenüberstellte, in dem er (im Januar 1918) über die Parlamentarisierung, über die deutschen Kriegsziele, über die Friedensresolution des Reichstages Ansichten entwickelte, die mit seinen jetzigen Anschauungen und Handlungen nicht gut übereinstimmen. Das hat die Sozialdemokratie vorzuziehen. Es wird berichtet, der Prinz habe sich vor dem internationalen Ausschuss rechtfertigen müssen. Die bürgerlichen Abgeordneten wollen über die Angelegenheit den Mantel des Schweigens heben, da sie eine Regierungskrise nicht wünschen. Aber die Sozialdemokratie will damit doch nicht ganz einverstanden. Sie verhält sich immer noch zurückhaltend und will sich erst am Montag oder Dienstag entscheiden. Am Sonnabend hat sie den Völkerverbund des Prinzen gefordert, welchem Mantel der Prinz entgegenwolle. Kaiser wurde von der Sozialdemokratie wieder als Kanzler in Vorschlag gebracht. Die bürgerlichen Abgeordneten sehen wohl ein, daß schließlich keiner, der heute an der Spitze steht, mehr ein seines Geschäftes ist, sie denken auch wohl an Kaiser, der vor nicht langer Zeit gerade das Gegenteil von dem sagte, was heute an Wilson beantwortet worden ist, sie denken an Erzbergers Schwärze über Belgien aus früheren Tagen, die Belgiens Zukunft mit Deutschland verbunden wollten. Kurzum, sie sind deshalb isoliert geworden und glauben dem Prinzen, daß sich seine Anschauungen gewandelt haben. Anders die Sozialdemokratie, die der Meinung ist, es blühte ein Friedenshindernis kein, einen Kanzler zu haben, der vor neun Monaten andere Ziele verfolgte. Und dem Frieden wollen die Sozialdemokraten alles opfern. Heute läßt sich noch nicht absehen, wie die Kompensation befreit werden können. Die Stimme der Sozialdemokratie weht klarer. Seit sie sich in den Kopf, der Prinz müsse gehen, dann werden sich die anderen Parteien ebenfalls lösen müssen. Auf die Entscheidung kann man wirklich gespannt sein.

Die Räumung der besetzten Gebiete.

Eine amtliche Erklärung zur deutschen Antwortnote erklärt: Dem Völkerverbund des Präsidenten Wilson, die besetzten Gebiete zu räumen, stimmt die deutsche Note vorbehaltlos zu und erklärt vor, daß eine gemächliche Kommission zusammenzutritt, der die Bestimmungen über die nächsten Vereinbarungen obliegen soll. Zur Vereinbarung wird darauf hingewiesen, daß die letzte deutsche Reichsregierung die besetzten Gebiete immer nur als besetzt erklärt hat für die Zukunft und die Sicherung des deutschen Volkes bezeichnet hat, daß sie also von Anfang an auf dem Standpunkt gestanden hat, was wollen diese Gebiete nach dem Krieg zurück zu räumen. Die wissenschaftlichen Forderungen für die Sicherung Deutschlands aber sind in den 14 Punkten und den übrigen Randgebungen Wilsons enthalten. Daher kann die Räumung der besetzten Gebiete, die jeweils im Voraus gefaßt war,

schon jetzt im Interesse der Wahrung eines Waffenstillstandes angefragt werden. Deutschland will damit den Preis dafür zahlen, daß es den Frieden offen und ehrlich erstrebt, die Russischen Kindern und Belgien und wohl wie Nordfrankreich nicht in ein Trümmernetz verwickeln will (11). Wie die Räumung sich im einzelnen vollziehen soll, kann im Augenblick nicht entschieden werden. Die Spielarten militärischer Erwägung im Hinblick, die erst von der Kommission in einer alle Teile betreffenden Weise geregelt werden müssen.

Wilson will verhandeln.

Haag, 12. Oktober. Die "Assoc. Press" meldet aus Washington: Wilson hat eine Konferenz mit General Warburg und Lansing. Man sagt, daß der Präsident bereit sein wird, zu unterhandeln, sobald Prinz Max von Baden wieder genannt worden wird.

Der amerikanische Senatsausschuss billigt Wilsons Note.

Nach einer New Yorker Telegramm hat der Senatsausschuss die Antwort Wilsons an Deutschland einstimmig billigt.

Haag, 12. Oktober. Der "Ag. Journalist" wird aus Washington gemeldet: Wilson werde in Genoa und Brüssel in den nächsten Tagen zu sprechen kommen, wenn keine Antwort auf das Wilsons Friedensangebot eingetroffen ist.

Wilson's "erschütternde" Sprache.

Der "Recht. Cour." meldet aus Paris: Der "Matin" schreibt: Nach Meldungen aus Washington ist die Haltung Wilsons für den Augenblick sehr klar. Er hat einmütig die Bedingungen aufgestellt, zu denen er bereit ist, das Erreichen der Weltfrieden seinen Verbündeten zu ermöglichen. In der Folgezeit wird es, soweit Wilson eine kriegsbekämpfende Nation vertritt, seine Aufgabe sein, in Uebereinstimmung mit den anderen Entente-mächten die Bedingungen zu erkennen zu geben, weiter denn eine Waffenstillstand gegeben werden kann. Wir wissen aus vertraulichen Quellen, daß Wilson bald eine Sprache führen wird, die Deutschland erschütternd wird. (Wir hoffen, daß sie gerade das Gegenteil bewirken wird.)

Uebereinstimmung zwischen Lansing und Lloyd George.

"Daily Chron." meldet, daß zwischen Lansing und Lloyd George ein Depeschenwechsel stattgefunden hat, der die völlige Uebereinstimmung der amerikanischen und englischen Auffassung ergeben habe. (Das läßt sich nicht bestätigen.) "Daily Chron." fügt hinzu, daß einseitige Sonderwünsche einiger Verbündeter hinter der näherer Erfüllung der großen gemeinsamen Ziele zurücktreten müßten.

"Friedensverhandlungen in der Nähe."

Eine Rede des amerikanischen Staatssekretärs Lansing.

Haag, 12. Oktober. Die "Central News" aus New York melden, daß Staatssekretär Lansing am Donnerstag im Theologischen Seminar in Antwerpen im Saale Remont anlässlich des 100jährigen Bestehens des Seminars eine Rede gehalten, worin er erklärte, daß die Friedensverhandlungen ganz in der Nähe seien und daß man nicht zu sagen werde, daß der Geist der Völkerverbund der Verhandlungen beinträchtigt (?). Eine halbseitige Mitteilung der Verbündeten, sagte er, würde den unrichtigen Geist der Gerechtigkeit der für die Gründung eines dauerhaften Friedens erforderlich ist, hart beinträchtigen. Nachdem der Krieg begonnen ist, müßte das amerikanische Volk seine weiteren Hoffnungen auf gegen diejenigen, welche der Militärbürokratie der Weltmächte (1) gebiet haben, hegen. Man müsse einen Ueberblick machen zwischen Herren und Dienern. Es sei die Pflicht derjenigen, die die Unterhandlungen pflegen, darauf zu sehen, daß keine Bedenken die Vorbereitung zu einer Neuordnung und Neuordnung der Welt und der Wiederherstellung des Friedens verwehre. Der Wunsch, daß Lansing's Rede vorher dem Präsidenten zur Genehmigung vorgelegt sein hat, beweist, daß Wilson die Ansicht vertritt, daß die Räumung der besetzten Gebiete nicht das deutsche Volk für den Krieg verantwortlich ist. (Das ist wiederum schöne Bescheidenheit, um der deutschen Demokratie weiteres Wasser auf ihre Mühlen zu treiben.)

Frankzösische Sozialisten für den Frieden.

Genf, 12. Oktober. Der "Humanité" zufolge haben die französischen Kommunisten Sozialisten einen gemeinsamen Schriftbrief Clemenceau unternommen, um die Stellungnahme der Sozialisten im Sinne einer Fortziehung der Verständigungsgesuche zu präzisieren. Der Minister erwiderte um Verlegung der Beantwortung bis zum Vorliegen einer verbindlicher Bescheid über die zu berücksichtigenden Punkte, denen die französische Regierung ihre Aufmerksamkeit entgegenbringe.

Von den Kampffronten.

Waffenstillstand der französischen Einwohner aus Lille und Umgebung.

Berlin, 12. Oktober. Nach Meldungen der Obersten Seeresleitung hat die deutsche Regierung gefordert die Schweizer Regierung gebeten, sie möge sich um die französischen Regierung wenden und sie mitteilen, daß sich die Einwohner von Lille und der umliegenden Arbeiterkolonien eine ungewisse Erregung bemächtigt habe. Die Forderung einer Besetzung durch die Entente macht eine allgemeine Panik wachsend. Falls es infolge dessen zu einer Waffenstillstand von vielen Tausenden von Menschen kommt, mit welcher mit Sicherheit anzunehmen war, so würde die deutsche Seeresleitung nicht inzulassen sein, für die Welt aus von einander zu sorgen. So sehr sie auch bemüht ist, das von dieser Unglücklichen zu erleichtern.

Die Engländer im französischen Meer?

Nach einer Meldung des "Berliner Intelligenzblatt" sind in der französischen Normandie Fälle von Hungertod vorzuliegen. Auch weitere räuberische erwerbende Raubzüge werden durch maßgebende Quellen in der letzten Zeit beobachtet und die Behörden werden eingeschleppt. Das "Berliner Blatt" macht die folgende Erklärung auf, daß der Schwere drohende Gefahr aufmerksamer.

Ein amerikanischer Truppenkommandant.

Rotterdam, 12. Oktober. Neuer meldet: Der bewaffnete Sanitätsleiter "Orlando" am 6. Oktober mit dem Dampfer "Columbia" zurückgekommen. Beide Schiffe hätten am 1. Oktober von der Küste von New York abgegangen. Von dem amerikanischen Truppen hat 11 Offiziere und 83 Mann vermisst, "Colombia" erreichte einen ihmatischen Hafen.

